

Antrag

der Fraktionen Die Grünen und SPD im Kreistag Bodenseekreis

Der Kreistag möge beschließen:

- 1. Der Bodenseekreis verzichtet auf den Bau der K 7743, Ortsumfahrung Markdorf und stellt sämtliche Planungen ein.**
- 2. Ergänzend zu den vom Regionalverband Bodensee-Oberschwaben im Regionalplan vorgesehenen Flächen für ein zweites Gleis der Bodenseegürtelbahn und dem von den Kreistagen Konstanz und Bodenseekreis beschlossenen sma-Konzept, soll mit der Planung eines zusätzlichen Haltepunktes beim Markdorfer Gewerbegebiet Negelsee auf der Höhe der Firma Wagner begonnen werden.**

Begründung:

Der knappe Bürgerentscheid über die Ortsumfahrung Markdorf (OUM) ist nun schon über 16 Jahre alt. Inzwischen haben sich bei den Prognosen über die Entlastungswirkung und den Kosten entscheidende Veränderungen ergeben, so dass durch das schlechte Kosten-Nutzen-Verhältnis ein Bau der OUM nicht mehr zu verantworten ist. Hinzu kommt, dass die Planung und der Bau der B 31 neu zügig vorangetrieben werden, sowie eine Taktverdoppelung der Bodenseegürtelbahn angestrebt wird. Die Themen Klimaschutz und Verkehrswende gewinnen zunehmend an Bedeutung. Auf die Ortsumfahrungen Kluftern und Schnetzenhausen wurde verzichtet.

Kosten in Höhe von knapp 30 Mio. Euro steht eine Entlastungswirkung von gerade mal 4.200 Fahrzeugen entsprechend neuer Prognosen gegenüber. Ursprünglich ging man von einer Entlastung der Ortsdurchfahrt Markdorf von 10.300 Fahrzeugen und einem Kostenanteil für die Stadt Markdorf und den Bodenseekreis von jeweils 1.67 Mio. Euro aus. Nach neuesten Berechnungen des Landkreises (vgl. Sitzungsvorlage des AUT vom 02.07.2019) liegen die aktuellen Kosten für Markdorf und den Bodenseekreis bei jeweils 8,45 Mio. Mit weiteren Kostensteigerungen bis zum geplanten Bauende 2025 ist zu rechnen.

Deshalb dürften realistischer Weise ca. 10 Mio. Kosten jeweils auf Markdorf und den Bodenseekreis zukommen.

Inzwischen ist im Süden von Markdorf ein neues Baugebiet entstanden, dessen Naherholungsgebiet durch die OUM besonders betroffen wäre. Inzwischen kommen erfreulicherweise die Planungen für die B31 zwischen Meersburg und Immenstaad zügig voran, so dass mit der Realisierung der B 31 neu in einem überschaubaren Zeitraum zu rechnen ist. Außerdem hat sich gegenüber der Ausgangslage des Bürgerentscheids einiges verändert. Dazu gehört der Stopp der OU Kluftern, die damit fehlende Anbindung der OU-Markdorf am Wagnerknoten sowie der planerische Stopp der OU Bermatingen. Im Mediationsverfahren Kluftern wurde von allen Beteiligten einstimmig u.a. Folgendes beschlossen: „Gemeinsame Anstrengungen zur Realisierung der B 31neu zwischen Meersburg und Immenstaad und zwar hinsichtlich der Linienfindung, der Verknüpfung mit dem nachgeordneten Netz und der Leistungsfähigkeit, so dass die überörtlichen und regionalen Verkehre gut und sicher abgewickelt werden können und die heute ins nachgeordnete Netz verdrängten Verkehre zurückverlagert werden können.“

Für den Bodenseekreis ist ein neues Verständnis der Verkehrspolitik notwendig. Statt die Mittel für die OUM einzusetzen, muss forciert der Ausbau der Bodenseegürtelbahn, der Ausbau des ÖPNV (für den Busverkehr ist der Bodenseekreis originär zuständig), der Ausbau des Radverkehrs, u. a. der Radschnellwege und Fahrradstraßen, vorangetrieben werden.

Mit der Stelle eines Mobilitätsbeauftragten des Landkreises könnte der Prozess einer Verkehrswende forciert werden. Die bisherigen Überlegungen, eine solche Stelle beim Verkehrsverbund bodo anzusiedeln, sind gescheitert.

08.08.2019

Christa Hecht-Fluhr, Die Grünen

Norbert Zeller, SPD